

Neues Selbstbewusstsein

Es ist 15 Jahre her, dass eine von den USA und Großbritannien angeführte »Koalition der Willigen« in den Irak einmarschierte. Vorwand der völkerrechtswidrigen Invasion war die Lüge von angeblichen »Massenvernichtungswaffen« im Irak – sie wurden nie gefunden. Die irakische Armee, Regierung und die Baath-Partei wurden aufgelöst und verboten. So wurde der Boden für Al-Qaida im Irak bereitet.

Religiöse und ethnische Spannungen wurden geschürt, Gewalt breitete sich aus. Unter der Herrschaft eines US-Gouverneurs begann die blutige Geschichte der Besatzung, die offiziell im November 2008 endete. Seitdem werden die anhaltende US-Präsenz und die damit verbundene politische und militärische Einflussnahme durch eine Vereinbarung zwischen Washington und Bagdad über die Truppenstationierung (SOFA) und ein Strategisches Rahmenabkommen garantiert.

Die Parlamentswahlen im Mai 2018 haben ein neues Selbstbewusstsein der Iraker verdeutlicht. Nach Besatzung und Krieg, nach drei Jahren Ausnahmezustand und Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) scheinen sie religionsübergreifend nach neuen Wegen aus der Misere zu suchen. Die Wahl wurde von einem Bündnis aus schiitischen Muslimen und Kommunisten gewonnen, der Bewegung »Sairun«. Sie wird von dem schiitisch-muslimischen Geistlichen Muktada Al-Sadr angeführt. Dieser hatte nicht nur die Sadr-Milizen gegen die US-Besatzung aufgestellt, er organisiert seit Jahren auch Demonstrationen gegen korrupte Regierungen, denen es – trotz Milliarden an Hilfgeldern und Einnahmen aus dem Ölgeschäft – bis heute nicht gelungen ist, Arbeitsplätze für die Jugend, genügend bezahlbaren Wohnraum, Strom- und Wasserversorgung und ein umfassendes Gesundheitssystem zu gewährleisten.

Die Regierungsbildung wurde lange Zeit verhindert durch die Starrköpfigkeit der alten Führung um Ministerpräsidenten Haidar Al-Abadi, der Wunschkandidat der USA und Europas ist. Zudem hatte es einen Streit gegeben zwischen dem Wahlsieger Sairun und der Fa-

Die Regierungsbildung im Irak wurde mit den Nachbarländern ausgehandelt. **Von Karin Leukefeld**



Der designierte irakische Ministerpräsident Adel Abd Al-Mahdi (l.) und Präsident Barham Salih Anfang Oktober in Bagdad

tah-Allianz, in der die Volksmobilisierungseinheiten (PMU) unter Führung von Hadi Al-Amiri vertreten sind. Als Al-Abadi sich gegenüber dem Wahlsieger Al-Sadr kompromissbereit zeigte, frohlockte der Westen bereits.

Anfang September aber trafen sich die beiden schiitisch-muslimischen Schwergewichte in der Region – Generalmajor Kasem Soleimani von den iranischen Al-Kuds-Brigaden und Hassan Nasrallah, der Vorsitzende der libanesischen Hisbollah – mit Al-Sadr in der libanesischen Hauptstadt Beirut. Zuvor hatte es in Nadschaf Gespräche mit dem höchsten schiitisch-muslimischen Geistlichen im Irak, Großajatollah Ali Al-Sistani, gegeben. Es kam Bewegung in die festgefahrene politische Situation in Bagdad.

Berichten zufolge einigte man sich auf Adil Abd Al-Mahdi als Kandidaten für das Amt des irakischen Regierungs-

chefs, Al-Abadi blieb außen vor. Der ehemalige Kommunist Abd Al-Mahdi, der seit den 1960er Jahren in Paris lebte, hatte sich 1979 ideologisch der »islamischen Revolution« im Iran angeschlossen und war Vertreter der Exilorganisation des »Hohen islamischen Rates im Irak« in Frankreich geworden. Als solcher war er 2003 nach Bagdad zurückgekehrt.

Begünstigt durch die Schwächung der gegenüber den USA loyalen kurdischen Partei der Demokratie (KDP) konnte sich Barham Salih von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) bei der Wahl zum neuen irakischen Präsidenten durchsetzen. Die PUK hat traditionell zwar auch gute Kontakte in die USA und nach Europa, pflegt aber ebenfalls gute Beziehungen zum Iran. Unmittelbar nach seiner Wahl beauftragte Salih dann Adil Abd Al-Mahdi mit der Regierungsbildung.

Die Stärke des Iran bei der politischen Neuordnung der Region hatte sich bereits im Rahmen der von Moskau vermittelten Astana-Gruppe gezeigt. Russland, der Iran und die Türkei arbeiten unter Einbeziehung Syriens in ihr zusammen und konnten seit Anfang 2017 die meisten Kriegshandlungen im Syrien-Krieg beenden.

Die US-Präsenz östlich des Euphrat – die nach Angaben von US-Verteidigungsminister James Norman Mattis ausgebaut werden soll – und die anhaltende militärische Kooperation Washingtons mit den syrischen Kurden bedrohen nicht nur syrische, sondern auch türkische, irakische und iranische Interessen; das bringt diese Staaten zusammen. Die in der Region ausgehandelte Regierungsbildung in Bagdad schwächt die USA und ihre Bündnispartner der »Anti-IS-Allianz«.

■ Hintergrund »Zivil-militärisches Engagement«

Die Regierung zog in der Bundestagsdebatte über die Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Irak, Syrien und Jordanien im Rahmen der »Anti-IS-Allianz« eine positive Bilanz des bisherigen Mandats. Vier Millionen Menschen seien in ihre Heimatorte zurückgekehrt, verkündete Außenminister Heiko Maas am vergangenen Donnerstag. Eine »sehr breite internationale Koalition« habe die territoriale Herrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS) »beenden« können und die »Voraussetzungen für einen Wiederaufbau und für Stabilisierung« geschaffen, »das Zusammenspiel von sowohl militärischem als auch zivilem Engagement« habe funktioniert.

»Unsere Soldatinnen und Soldaten, die Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, die Diplomatinen und Diplomaten« hätten an der Stabilisierung des Iraks »großen Anteil«. Deswegen sollten sie bleiben. Das wollten auch die politischen Akteure im Irak, die bald eine Regierung bilden könnten, so Maas. Gerade vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen aus Irak (und Syrien) sei eine Fortsetzung des »Engagements im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition (...) mehr als sinnvoll.«

Die Unterstützung der irakischen Regierung sei »unerlässlich«, daher solle die Ausbildung der kurdischen Peschmerga und der irakischen Armee für weitere sechs Monate fortgesetzt werden. »Radikalisierung und Extremismus« sollten mit »Stabilisierungsmaßnahmen« bekämpft werden, sagte Maas und bezeichnete »ziviles Engagement« als »herausragenden Schwerpunkt«.

In einem ausführlichen Bericht der Bundesregierung über die »Lage in Irak und zum deutschen Irak-Engagement« (Bundestagsdrucksache 19/4070, 4.9.2018) wird der zugrundeliegende »umfassende und vernetzte Ansatz« aufgelistet. Die Absicherung des Anti-IS-Kampfes steht dabei deutlich im Mittelpunkt, gefolgt von Maßnahmen zur Minderung von »Flucht und Migration«.

»Kultur und Bildung, Grundlagen von Identität und Versöhnung«, stehen am Ende. Die Wasserversorgung, die öffentliche Hygiene und das Gesundheitssystem sollen vor allem in den vom Kampf gegen den »IS« zerstörten Provinzen Kirkuk und Ninawa gefördert werden. Bis zu 800 Soldaten sind für den Einsatz im Irak, Syrien und Jordanien vorgesehen, der am 31. Oktober verlängert werden soll.

Die EU-Außenminister verlängerten bei ihrem Treffen in Luxemburg am Montag die EU-Beratungsmission Irak bis 2020. Für die 50köpfige Expertenmission wurden weitere 65 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ihre Aufgabe ist es, Bagdad beim Aufbau staatlicher Sicherheitsstrukturen zu unterstützen. Leiter der Mission ist der deutsche Bundespolizist Markus Ritter, der bereits im Südsudan und in Afghanistan im Einsatz war.

Uranmunition und Wassermangel

Unter den Folgen der völkerrechtswidrigen US-Invasion 2003 leidet die irakische Bevölkerung bis heute

Es war nicht das erste Mal, als am 20. März 2003 ausländische Armeen über die südlichen irakischen Provinzen Basra und Dhi Kar herfielen. Der Iran-Irak-Krieg (1980–88) hatte im Grenzgebiet rund um Basra und östlich des Schatt Al-Arab eine verbrannte Kraterlandschaft hinterlassen. Bei der Vertreibung der irakischen Armee aus Kuwait 1991 hatten US- und britische Kampfflugzeuge die sich zurückziehenden Truppen attackiert und auf der »Straße des Todes« mit Tonnen uranhaltiger Munition vernichtet.

In einer völkerrechtswidrigen, nie vom UN-Sicherheitsrat legitimierten »Flugverbotszone« über dem Süden des Landes flogen britische und US-Kampfflugszeuge seit 1991 täglich bis zu 50 Angriffe auf die Anlagen der irakischen Luftabwehr – angeblich um die schiitische Bevölkerung zu schützen. Schon Wochen vor dem offiziellen Einmarsch 2003 wurden mehr als zwei Millionen Flugblätter über den südlichen Provinzen abgeworfen. Darauf fanden

sich Hinweise auf die Frequenzen eines US-amerikanischen Rundfunksenders und Aufforderungen an die Soldaten zu desertieren: »Verlasse deinen Posten jetzt und gehe nach Hause!«

Der Irak hatte keine intakte Luftabwehr, um sich gegen die US-geführte Invasion 2003 zu verteidigen, der Vormarsch auf Bagdad war nicht zu stoppen. Wieder wurde von der »Koalition der Willigen« die giftige Uranmunition eingesetzt, die verstrahlten Kriegs- und Panzerreste sind bis heute nur unzulänglich auf Sondermülldeponien gelagert. Allein in Dhi Kar, der am meisten verseuchten Provinz des Irak, gibt es sieben solcher Deponien mit toxischem und radioaktiv verseuchtem Abfall.

Kein Staat der »Koalition der Willigen« übernimmt dafür Verantwortung, dass sowohl die eigenen Soldaten, vor allem aber der Irak verseucht wurde. Kinder werden tot oder mit furchtbaren Fehlbildungen geboren. In vielen Familien leiden die Menschen an Krebs, die Kinder sterben qualvoll.

Nicht nur die Kriege, auch die UN-Sanktionen, die von 1990 bis 2003 über den Irak verhängt worden waren, zerstörten die zivile Infrastruktur. Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Brücken, Strom- und Wasserversorgung, die während der Kriege beschädigt oder zerstört worden waren, konnten immer noch nicht in Gänze wiederhergestellt werden.

Wie überall in dem Land gibt es auch im Süden chronischen Strommangel, Korruption, Arbeitslosigkeit und – aufgrund des Klimawandels und gigantischer Staudambauten an den oberen Läufen von Euphrat und Tigris in der Türkei – Wassermangel. Seit der US-Invasion habe sich die Lage nicht verbessert, berichtete kürzlich der Kinderarzt Said Falah bei einer Veranstaltung in Erlangen. Der Arzt lebt in Nasirija und arbeitet mit der Initiative Erlangen hilft e. V. zusammen, die Kindern und Jugendlichen aus Kriegs- und Krisengebieten hilft. Es gebe eine stetige Zunahme von Krankheiten, die auf

schmutziges und verseuchtes Wasser zurückzuführen seien, so der Arzt.

Durchfallerkrankungen, Erbrechen, Typhus, Cholera sind nur einige davon, sie könnten kaum behandelt werden. Allein im August waren innerhalb einer Woche mehr als 4.000 Kranke in die vier öffentlichen Krankenhäuser in Basra eingeliefert worden. Die Zahl stieg bis heute auf mehr als 111.000. In einer Untersuchung der Gesundheitsbehörde von Basra stellte sich heraus, dass das Wasser in den öffentlichen Versorgungssystemen zu 100 Prozent chemisch und zu 50 Prozent bakteriell verseucht sei.

Bewohner der Stadt protestierten und forderten angesichts des verseuchten Wassers die Verhängung des Notstands. Lokale Politiker beschuldigen die »korrupte Elite« in Bagdad, nichts für die südlichen Provinzen zu tun, obwohl gerade in der Provinz Basra 90 Prozent der irakischen Öleinnahmen erwirtschaftet würden.

Karin Leukefeld

(kl)